

Generalsanierung neigt sich dem Ende zu

Gemeinderäte machten sich ein Bild vom Baustand im Kindergartengebäude – Umzug im Januar

Wiesent. (ms) Im Endspurt befinden sich die Sanierungsarbeiten am Kindergartengebäude: Vor der Gemeinderatssitzung am Dienstag machte sich das Gremium ein Bild vom derzeitigen Baustand. Architekt Peter Bielmeier und Fachplaner Franz Sturm informierten über die ausgeführten und noch ausstehenden Arbeitsschritte.

Bürgermeisterin Elisabeth Kersch berichtet über die Bodenlege- und Malerarbeiten. Im Außenbereich werde die Zaunanlage installiert, der öffentliche Weg sei angelegt und das Fundament für den Lagerschuppen sei gesetzt. Bielmeier bedauerte, dass die Schlosserarbeiten in Verzug seien. Bis Ende November sollten die baulichen Tätigkeiten erledigt sein, am 9. Dezember findet die Abnahme statt.

Im Anschluss könnten die Schreiner mit den Festeinbauten, der Küche und der Garderobe beginnen. „Die Türen der Gruppenräume sind unterschiedlich in rot, gelb, blau und grün gehalten. Die Farbgebung spiegelt sich bei der Außenansicht der Fensterfront wider. So wissen die Kinder, in welche Gruppe sie gehören“, erläuterte Bielmeier.

Soweit möglich, werde das vorhandene Mobiliar wieder verwendet, der Speiseraum müsse komplett neu eingerichtet werden, erklärte Kersch und meinte, dass die größte Herausforderung der Generalsanierung der Zeitplan war: Es bedurfte einer genauen Koordination der Handwerksbetriebe.

„Der Umzug aller Gruppen in das Kinderhaus erfolgt in der ersten Januarwoche. Am 8. Januar beginnt eine Feriengruppe, ab 13. Januar herrscht voller Betrieb in den neuen Räumen. Es werden dann vier Kindergarten- und zwei Kinderkrip-



Die Generalsanierung des Kindergartengebäudes geht dem Ende zu, die Gemeinderäte machten sich ein Bild vom momentanen Baustand. Architekt Peter Bielmeier (4.v.r.) und Fachplaner Franz Sturm (2.v.r.) informierten. Foto: Meilinger

pengruppen mit 105 Kindern unter einem Dach untergebracht sein“, sagte Kersch und hob hervor, dass die Personalstellen allesamt besetzt seien. Die Einweihung ist für Samstag, 21. März, geplant, am Sonntag, 22. März, ist ein Tag der offenen Tür.

Matschanlage sorgt für eine Kostensteigerung

Auf Anregung der Eltern und des Kindergartenpersonals wäre es optimal, in der Außenanlage Rollrasen zu verlegen, so dass dieser Bereich frühzeitig im Frühjahr genutzt werden könnte, sagte Kersch. Bielmeier schlug vor, einen Teil mit Rollrasen zu bestücken und die anderen Flächen herkömmlich anzusähen.

Zum Punkt „Genehmigung von Nachträgen für das Kinderhaus“ schilderte Sturm, Fachplaner für die Gewerke Heizung, Lüftung und Sanitär, vor Ort die zusätzlichen Aufgaben. Vor allem im Sanitärbereich kamen im Laufe der Sanierung Ergänzungen oder Verbesserungen vor. So wurden die ursprünglich ausgeschriebenen Kinder-Stand-WCs durch Hänge-WCs ersetzt, was vorteilhaft für die Bodenreinigung sei. In den Waschräumen wurden Gullis installiert und eine Wand musste eingezogen werden. Weiterhin waren ergänzende Dämmarbeiten und Brandabschottungen auszuführen. Mehrkosten entstanden aufgrund der Umplanung der Küchen, die infolge von Anmerkungen

des Jugendamtes nötig waren. Im Außenbereich sorgte die von den Eltern und dem Kindergarten team gewünschte Matschanlage für eine Kostensteigerung, so Sturm. Hierfür mussten eine Trinkwasserleitung und ein Unterflurhydrant verlegt werden. Bei einigen Gewerken konnten Einsparungen verzeichnet werden, so dass sich ein tatsächlicher Mehrbetrag von 47 000 Euro ergab, für die Sanierung eines Altbaus sei die Erhöhung von 8,3 Prozent zur anfänglichen Kostenschätzung tragbar, so Sturm.

Geschäftsleiter Klaus Eschbach verwies auf die enorme Preissteigerung im Baugewerbe; würde man jetzt erst die Sanierung ausschreiben, seien weitaus höhere Kosten in

Kauf zu nehmen. Die Gemeinderäte stimmten den Nachträgen zu.

Die Vorsitzende verlas den Vorbericht zum Nachtragshaushalt 2019. Im Verwaltungshaushalt ergeben sich insbesondere bei der Kinderbetreuung Veränderungen bei den Einnahmen und Ausgaben in Folge einer geänderten Finanzierung der Kindergartengebühren und der vorgezogenen Einführung einer zweiten Krippengruppe. Bei den Gewerbesteuerzahlungen können Mehreinnahmen erzielt werden und bei den Ausgleichszahlungen für den Gewerbepark kam es zu Mindereinnahmen. Im Vermögenshaushalt wirkt sich die vorgezogene Auszahlung der Förderung für das Kinderhaus positiv aus. Der Gesamtbetrag des Verwaltungshaushaltes beläuft sich nun auf 4 998 100 Euro, der Vermögenshaushalt auf 4 702 000 Euro. Der Nachtragshaushaltsplan und die Nachtragshaushaltssatzung wurden vom Gremium befürwortet.

Bericht über die Rechnungsprüfung

Georg Hastreiter lieferte den Bericht zur örtlichen Rechnungsprüfung und Feststellung der Jahresrechnung 2018. Die Jahresrechnung wurde stichpunktartig geprüft, wobei der größte Investitionspunkt der Umbau des alten Schulhauses war. Er empfahl, dass bei Ausschreibungen von Geräten, die einer Serviceleistung im Nachgang bedürften, wie etwa einem Kopierer, Wert auf kurze Anfahrtszeiten des Dienstleisters gelegt werden sollte. Anmerkungen machte Hastreiter zur Lüftungsregelung und den Aufmaßen im Rathaus. Er bedankte sich bei Kämmerer Thomas Rottbauer und Kassenverwalterin Julia Mühlbauer für die gute Zusammenarbeit.

Nein zu einer Stützmauer

Gemeinderat lehnte den Antrag mehrheitlich ab

Wiesent. (ms) Ein Nein gab es in der jüngsten Gemeinderatssitzung zum Antrag auf isolierte Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes „Wiesent West II“ zur Errichtung einer Stützmauer. Gestellt hatte diesen Antrag Anna Kaupa (Frauenzeller Straße 37 H). Die Mauer – die bereits errichtet wurde – sei nicht mit dem Bebauungsplan konform und daher nicht zulässig. Vonseiten der Verwaltung wird berichtet, dass dieses Objekt nicht genehmigungsfähig sei, da es nicht in das Konzept des Bebauungsplans passe. Zudem füge sich diese Art der Mauer keineswegs in das Ortsbild ein. Günther Lex verwies auf mehrere Anträge von Grundstücksbesitzer in Wiesent, die seiner Meinung nach ähnlich gelagert sind und genehmigt wurden. Als Einziger stimmte Lex für den Antrag, die anderen Räte verweigerten ihr Einverständnis.

Befürwortet wurde der Antrag von Julia Zerweisz für den Neubau eines Einfamilienwohnhauses im Bachweg 1a und der Bauantrag von Markus Fuchs für die Errichtung einer Garage in Kruckenberg.

Lautsprecher auf dem Friedhof war Thema

Zum Schluss der lange andauernden und umfangreichen Sitzung informierte Kersch über den Breitbandausbau in Dietersweg, Rupertsbühl und den Einzelgehöften. Für die Arbeiten bis zur Grundstücksgrenze kam die Abschlussrechnung, die Gemeinde behielt einen Teilbetrag zurück, da die Hausanschlüsse noch nicht in Angriff genommen wurden. Vonseiten der Telekom kam die Aussage, dass die Planungen Anfang Dezember erfolgen, die Arbeiten sollten bis Ende des Sommers fertiggestellt sein. Das

sei keine zufriedenstellende Vorgehensweise, bedauerte Kersch.

Ärgerlich sei das Parkverhalten in der Frauenzeller Straße. Aufgrund der Bauarbeiten werde von den Baufirmen und den angehenden Hausbesitzern die Straße zugeparkt, so dass der Verkehr behindert werde, schilderte die Gemeindechefin. Michael Stedele fügte an, dass die schweren Lastkraftwagen auf dem Bürgersteig parken und diese dadurch beschädigt werden. Man werde die Häuslebauer anschreiben und um Verbesserung bitten, sollte dies nicht fruchten, müsste man sich weitere Schritte überlegen.

Alfred Stadler sprach die Situation der Lautsprecher am Friedhof an, die für eine Lärmbelastung sorgten, so wie es an Allerheiligen feststellbar gewesen sei. Kersch wird sich diesbezüglich mit der Fachfirma besprechen.

Günther Lex fragte nach der Planung des Kneippbeckens. Die Vorsitzende betonte, dass die Arbeiten erst im Anfangsstadium sind. Wie es schlussendlich aussehen wird, davon könnten sich Bürger nach der Fertigstellung ein Bild machen.

Klaus Wiedemann sprach an, dass in einem Zeitungsbericht stand, dass in Wiesent Tiny-Häuser angeboten würden. Kersch bestätigte, dass vorgesehen sei, dass auf einem Privatgrundstück solche Objekte aufgebaut werden. Die Gemeinde habe keine Grundstücke dafür vorgesehen. Momentan laufen Gespräche mit dem Landratsamt.

Die Tennet habe etliche Grundstückseigentümer angeschrieben und darauf hingewiesen, dass mit der Vorbereitung für die Stromtrasse begonnen werde. Geschäftsstellenleiter Klaus Eschbach erläuterte die Regelungen, die festlegen, ob die Tennet die Grundstücke in Absprache mit den Besitzern betreten darf.

Unverständnis und scharfe Kritik

Kosten für Erneuerung der Schul-Heizung sind einigen Gemeinderäten zu hoch

Wiesent. (ms) Eine hitzige Diskussion wurde in der Gemeinderatssitzung über die Erneuerung der Heizungsanlage in der Grundschule geführt. Nachdem diese Maßnahme schon 2018 auf dem Plan gestanden hatte und aufgrund der hohen Kosten zurückgestellt worden war, sorgte die aktuelle Kostenaufstellung von 440 000 Euro für Unverständnis bei so manchem Gemeinderat.

Bürgermeisterin Elisabeth Kersch rief ins Gedächtnis, dass die Erneuerung der Heizung als ausgewähltes Projekt für die Sonderförderung ausgesucht wurde, die sich im Zuge der Anstellung der Klimaschutzmanagerin ergab. Die erste Ausschreibung wurde aufgrund der hohen Kosten zurückgezogen, eine neue Kostenberechnung war nötig, um den Förderbetrag (maximal 200 000 Euro) ausschöpfen zu können. Franz Sturm, Fachplaner für Heizung, Lüftung und Sanitär, präsentierte nun die neue Aufstellung. Dabei schlug er auf die Kostenberechnung von 2018 die angenommene Steigerung der Handwerker- und Materialkosten von 20 Prozent, was den Betrag von 440 000 Euro ergebe.

Bei der Maßnahme müssten die Öltanks, die vergraben sind, herausgenommen werden, sie würden durch Pelletbehälter ersetzt. Im Technikraum würden zwei Heizkessel installiert, so dass zwei separate Heizsysteme entstünden: Im Falle eines Ausfalls eines Systems könnte weitergeheizt werden. Zudem könne bei sehr kalten Temperaturen der zweite Kreislauf zugeschaltet werden. Kersch fügte an, dass im Schulgebäude der Betrieb gewährleistet sein müsse.

Günther Lex stellte die grundsätzliche Entscheidung, zwei Heizsysteme zu schaffen, in Frage und kritisierte auf das Heftigste die im-

mens hohen Kosten. Den Bürgern sei es schwer zu vermitteln, dass eine Heizungserneuerung solche Beträge nach sich ziehe. Seiner Meinung nach müsste ein Heizsystem ausreichen, als Reserve könne man eine Gastherme einrichten. Zudem zögen zwei Systeme höhere Wartungs- und Instandhaltungskosten nach sich. Klaus Wiedemann bemängelte die Kostenberechnung, man müsse zuerst eine korrekte Planung erstellen, um ausschreiben zu können. Michael Stedele sah die Preise als unrealistisch an, viele Materialien und Leistungen seien zu hoch angesetzt, die Preise auf dem Markt seien deutlich geringer.

Punkt wird in der nächsten Sitzung noch mal behandelt

Sturm verteidigte sich und meinte, dass er sich auf den günstigsten Anbieter von 2018 berufen habe. Er sehe Einsparpotenziale, in dem die Erdarbeiten und die Heizungsarbeiten getrennt ausgeschrieben werden, so könnten beispielsweise die Kosten für die Grabarbeiten um 50 Prozent reduziert werden, man sollte die Ausschreibung abwarten und dann weiter sehen.



Die enormen Kosten für die Erneuerung der Heizanlage des Grundschulgebäudes wurden von einigen Gemeinderäten kritisiert. Foto: Meilinger

Auf diese vage Vorgehensweise wollten sich die Räte nicht einlassen, Alfred Stadler meinte: „Wo gibt es Einsparmöglichkeiten? Ich möchte eine Auflistung mit günstigeren Alternativen, wo die Vor- und Nachteile aufgelistet werden.“ Herbert Hanwalter sah Alternativen bei den Kaminarbeiten und der Heiztechnik, diese müsste man im Vorfeld prüfen. Um die Gemüter zu beruhigen, schlug Kersch vor, dass sich der Bauausschuss mit dem Leistungsverzeichnis auseinandersetzt und Veränderungen detailliert besprochen werden. Bei der nächsten Sitzung werde der Punkt nochmal behandelt. Die Ausschreibung sollte Ende Januar rausgehen, die Vergabe könnte Ende März erfolgen, so Sturm. Der Umbau könnte in den Pfingstferien beginnen und sollte dann komplett bis zum Start ins neue Schuljahr im September fertig sein.

Martin Wohlfahrt vom Planungsbüro Bartsch erläuterte die Änderung des Bebauungsplanes „Petersberger Straße“. Das prinzipiell einfache Regelverfahren funktionierte nicht, aufgrund der Anregungen müsse eine erneute Auslegung erfolgen. Er informierte über die Stellungnahme der Bauleitplanung des Landratsamtes. Da das Gelände etwas ansteigt, müssen zwischen den Grundstücken eventuell Stützmauern angelegt werden. Bartsch sprach sich dafür aus, diese Regelung frei zu gestalten, so dass die Nachbarn untereinander eine Lösung finden müssen. Das wurde von den Räten kritisiert, man sollte diesen Punkt im Bebauungsplan regeln. Josef Raab schlug vor, die Höhe von Stützmauern auf das Straßenniveau abzustimmen. Dieser Vorschlag wurde für gut befunden. Der Sammel- und Billigungsbeschluss wurde abgesegnet.